

Die in der Ausgabe 6/2015 begonnene Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie in Deutschland wird in dieser Ausgabe mit Beiträgen von Gesine Schwan und Karsten Rudolph weitergeführt.

Gesine Schwan

Das Profil schärfen

Weder antikapitalistische Ausweglosigkeit noch Abtauchen im neoliberalen Mainstream

Seit ihrer Gründung lebt die Sozialdemokratie in einer inneren Spannung. Ihre Anhänger folgten einerseits einer marxistischen Kapitalismusanalyse, die einer eigenständigen Politik gegenüber ökonomische Krisen und soziale Verelendung systematisch keinen Raum lässt. Bereits im »Kommunistischen Manifest« sagte Karl Marx 1848 eine Globalisierung voraus, in der der Kapitalismus sich gesetzmäßig gegen historisch-kulturelle Traditionen und nationalstaatliche Politiken durchsetzen und über Verelendung und fundamentale Krisen in eine proletarische Revolution münden würde. Aus ihr würde eine weltweite klassenlose Gesellschaft hervorgehen, die materielle Produktion würde durch weltweite harmonische Koordination und Planung die Bedürfnisse der Menschen befriedigen und staatliche Herrschaft wie Politik überflüssig machen. Das war – idealtypisch – die eine systematisch stringente Linie.

Die andere versuchte über graduelle Reformpolitik die konkrete Situation der Arbeiter/innen innerhalb des Kapitalismus zu verbessern, über die Ausweitung ihrer politischen und wirtschaftlichen Teilhabe ihre Interessen zur Geltung zu bringen und schließlich den demokratischen Staat als zentrales Instrument für die Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten.

Diese prinzipielle Spannung hielt sich bis zum Godesberger Programm 1959. Mit diesem gab die Sozialdemokratie ihren antikapitalistischen Impetus zugunsten eines demokratischen Staates als dauerhafte politische Verfassungsform und soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung – »so viel Plan wie nötig, so viel Markt wie möglich« (Karl Schiller) – auf.

Realpolitisch folgte in Deutschland (West) die Übernahme der Regierung durch die sozialliberale Koalition unter Führung der Sozialdemokratie. Die Grundfrage, ob demokratische Politik überhaupt die kapitalistische Wirtschaft gestalten kann, fand eine optimistische Antwort in Reformgesetzen, die demokratische Teilhabe ausweiten und soziale Gerechtigkeit für eine humane Arbeitswelt, aber auch in der Bildung, im Gesundheitssektor, in der Ehe-, Sozial-, Frauen- und Familienpolitik etc. differenziert umsetzen würden. Die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung wurde ausgeweitet, individuelle und soziale Emanzipation auf den Weg gebracht.

Wirtschaftstheoretisch gründete diese Politik in der entschiedenen Anwendung keynesianischer Konjunktursteuerung gegen kapitalistische Krisen und in einer Sozialpolitik, die soziale Diskrepanzen und Lebensrisiken abfedern sollte. Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller genoss hohe Anerkennung, seine Wirtschaftskompetenz begründete sich nicht in sogenannter Wirtschaftsnähe (der Genosse der Bosse), sondern in einer souveränen Durchdringung und strategischen Gestaltung von Wirtschaft, für die das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und die Konzertierte Aktion stehen.

Diese Phase der sozialdemokratischen »kulturellen Hegemonie« (Antonio Gramsci) dauerte nur knapp 15 Jahre, vom Ende der 60er bis zum Beginn der 80er Jahre. Nach dem Ölpreisschock und im Zuge eines neuen Schubes der ökonomischen Globalisierung, die den »globalen Wettbewerb« ins Zentrum der Aufmerksamkeit und der wirtschaftspolitischen Argumentation rückte, verlor die staatliche Konjunktursteuerung à la Keynes ihre Wirksamkeit. Das bezeugte die zunehmende Arbeitslosigkeit, die strukturell und nicht konjunkturell begründet war, und die damit verbundenen steigenden Sozialausgaben. Der Staat erschien finanziell und die Sozialdemokratie konzeptionell überfordert, die Probleme durch nachfrageorientierte globale Steuerung, überhaupt durch staatliche Politik zu lösen. Die schwarz-gelbe Koalition löste die sozialliberale ab.

In der Folge öffnete sich die Sozialdemokratie der in den USA und Großbritannien schon länger von Milton Friedman theoretisch und öffentlich-kommunikativ vorbereiteten angebotstheoretisch orientierten »neoliberalen« Offensive. Die versprach Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch Senkung der Produktionskosten (Löhne, Sozialversicherung, Steuern, Abgaben) und vertraute auf die Krisenfestigkeit von Märkten, die gerade nicht durch staatliche Eingriffe »gestört« werden dürften. Der Staat sollte tendenziell wieder auf seine »notwendigsten« Funktionen (Rechtssicherheit, innere und äußere Sicherheit, Stabilität der Rahmenbedingungen für die Produktion) und auch in seinem Budget reduziert werden. Leistungssteigerung durch Wettbewerb in allen Lebensbereichen und Verdächtigung staatlichen Handelns als schwerfällig-bürokratisch, die Sozialversicherung als leistungsmindernde »Hängematte« und der Kampf um Chancengleichheit als »Neiddebatte« gewannen öffentlich die Oberhand. Die Sozialdemokratie wirkte theoretisch und politisch strategisch ohne Antwort.

Zumal ihr entscheidendes politisches Instrument, der Staat, durch die Globalisierung seine politische Lösungskompetenz immer mehr verlor, weil Probleme und Lösungen effektiv zumeist nur grenzüberschreitend angegangen werden können und der Zusammenschluss der Staaten der ökonomischen Entgrenzung bisher nicht Paroli bieten kann. Die Staaten und ihre Regierungen folgten und folgen der Logik ihrer jeweiligen Machtquelle, den nationalen demokratischen Wahlen, was alle transnationale Solidarität überaus erschwert. Die Renationalisierung in der Europäischen Union, aber auch die globale Entwicklung, in der Kriegshandlungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 zunahmen, zeigen die Schwierigkeit, ja Hilflosigkeit solidarischen staatlichen Handelns in der Globalisierung.

In Bezug auf das grundlegende Verhältnis von Politik und kapitalistischer Wirtschaft sind wir damit – überspitzt ausgedrückt – zurück auf Start: beim Kommunistischen Manifest. Die einen ziehen daraus die scharfsinnig-resignative Konsequenz, dass eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik innerhalb des Kapitalismus eben doch nicht möglich sei. Die anderen bemühen sich um Korrekturen nicht nur innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch innerhalb des »Neoliberalismus«, weil sie keine andere Strategie finden, vielleicht auch nicht suchen.

Die zentrale Frage für die zukünftige Identität der Sozialdemokratie lautet daher: Kann sie gegen den neoliberalen Mainstream eine eigene Politik- und Wirtschaftsstrategie entwickeln, und welche Akteure können die kapitalistische Wirtschaft auch in der Globalisierung zugunsten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität politisch gestalten?

Wir brauchen dafür neue Akteure, Strukturen und Prozesse einer Good Global Governance, die sich freilich schon seit längerer Zeit herauskristallisieren. Dabei geht es um eine antagonistische Kooperation zwischen staatlicher Politik, dem Unternehmenssektor und der organisierten Zivilgesellschaft, die grenzüberschreitend Regeln und normative Ziele etwa der UN oder der ILO konkretisieren und umsetzen. Die Extractive

Industries Transparency Initiative (EITI) ist dafür ein Beispiel. In ihrer Fixierung auf den Nationalstaat fremdelt die Sozialdemokratie, außer auf kommunaler Ebene, vor allem mit der organisierten Zivilgesellschaft. Deshalb kommt sie strategisch und programmatisch in der Globalisierung nicht weiter. Um mit ihren politischen Einzelmaßnahmen schlüssig zu überzeugen, muss sie aber ihre Ziele und vor allem ihre politischen Wege erkennbar profilieren und mit Leidenschaft verfolgen. Erst dann wird sie als eigenständige dynamische Kraft wieder erkennbar und attraktiv.

Ein Beispiel dafür ist das geplante Europäisch-Amerikanische Handelsabkommen TTIP. Eine sozialdemokratische Politik muss bei der Gestaltung einer globalen Handelsarchitektur deutlich auf den Vorrang der *res publica* gegenüber der *res privata*, der rechtsstaatlich organisierten Gerichtsbarkeit gegenüber privaten Schiedsgerichten, die Öffnung hin zur Multilateralität, achten, um den Schwellen- und Entwicklungsländern solidarisch zu gleichen Chancen zu verhelfen und auf die globale Durchsetzung der ILO-Arbeitsnormen zu zielen. Die Menschen dürfen durch die Globalisierung nicht wieder zum Spielball privat-kapitalistischer Interessen werden. Das schließt die Schonung von Klima, Umwelt, Ressourcen, die Energiewende und die Sicherheit in ihren sozial-zivilen wie ihren militärisch-polizeilichen Dimensionen ein.

Ein weiteres zentrales Beispiel ist der aktuelle Umgang mit Griechenland. Das Land strebt einen Paradigmenwechsel an, weg von der neoliberalen Austeritätspolitik. Denn unter den Parolen der Liberalisierung, der Deregulierung und der Privatisierung zielte diese willentlich und/oder de facto auf den Abbau sozialdemokratischer Errungenschaften in der Sozialpolitik und in der Arbeitswelt, auf die Abschaffung öffentlicher Güter und auf die Bereicherung der ohnehin schon Privilegierten, letztlich auf die Unterminierung demokratischer Politik. Die griechische Wirtschaft hat sie ruiniert.

In der Politik gegenüber dem kleinen Land entscheidet sich, ob die Sozialdemokratie die Zeichen der Zeit verstanden hat und die Chance ihrer eigenen Profilierung ergreift oder nicht. Die neue griechische Regierung hat ein schlüssiges Konzept: Überwindung der Dauerkrise durch die Initiierung von nachhaltigem Wachstum und nachhaltigen Arbeitsplätzen, eine Anwendung von keynesianischer Theorie auf die heutigen Verhältnisse, also durch private Investitionen, wo neben dem Nationalstaat die Europäische Union begünstigend hilft.

Dazu braucht Griechenland einerseits wirklich nützliche Reformen anstelle der dysfunktionalen neoliberalen Kürzungen, die in die wirtschaftliche und soziale Depression geführt haben. Dazu gehört der Aufbau wirksamer und bürgernaher Verwaltungen (z.B. Katasterämter), von Rechts- und Steuersystemen und einer durchgreifenden Rentenreform als Teil einer Sozialversicherungsreform. Die neue Syriza-Regierung ist die erste, die dafür zusammen mit der OECD ein ausführliches Konzept vorgelegt hat. Aus sozialdemokratischer Sicht braucht es auch starke Gewerkschaften, die eigenverantwortlich in Tarifautonomie Löhne und Gehälter mit den Arbeitgebern aushandeln. Eine Sozialdemokratie, die mit den »Institutionen« gegen die Wiedereinführung der Tarifautonomie und für die Schwächung der Gewerkschaften plädiert, hat ihre Mission verraten.

Und es braucht Rahmenbedingungen für private Investitionen, die eine zeitliche und soziale Renditeperspektive bieten. Das geht nur, wenn durch eine Umschuldung die nächsten 20 Jahre befreit werden von Rückzahlungsverpflichtungen, die das Land – wie alle wissen – nicht erfüllen kann. Das wäre übrigens auch für Deutschland die beste Lösung, weil sie uns Milliarden von Schulden-Abschreibungen im Fall der Insolvenz ersparen würde.

Es braucht dazu nicht zuletzt eine Gesellschaft, die wieder Hoffnung schöpfen und ihre soziale Depression überwinden kann. Die Syriza-Regierung hat (noch!) das Vertrauen

der Mehrheit der Gesellschaft, der »kleinen Leute«, und dieses Vertrauenskapital ist kostbar für die Genesung des kleinen Landes und mit ihm der Europäischen Union.

Wenn Neoliberale und Konservative befürchten, dass diese Wachstumspolitik in den anderen südlichen Krisenländern Schule machen könnte, dann sollten Sozialdemokraten dies umgekehrt begrüßen und befördern. Denn hier bietet sich die Chance für sie, die sie rhetorisch seit Langem die Überwindung der Austeritätspolitik gefordert haben, die Widersprüchlichkeit ihrer derzeitigen Politik zu überwinden und ihren Kompass wiederzufinden, auch wenn eine aufgeputschte öffentliche Meinung dies kurzfristig nicht positiv einschätzen mag.

Europäische Sozialdemokraten können ihre intellektuelle und politische Stärke beweisen, indem sie die Juncker-Initiative zugunsten ihrer Grundwerte gestalten. Wichtige sozialdemokratische Abgeordnete des Europaparlaments wie Udo Bullmann tun dies bereits. Dazu sollte auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Politik, Privatsektor und organisierter Zivilgesellschaft beitragen, um z.B. von der kommunalen Ebene ausgehend, zu bürgernahen, wirklich nachhaltigen Investitionen (keinen Bauruinen!) zu kommen.

Damit würden sie in Anknüpfung an die »kulturelle Hegemonie« der sozialliberalen Koalition eine Aktualisierung keynesianischer Politik in der Globalisierung zugleich strategisch ausarbeiten, konkretisieren und verwirklichen. Freilich müssten sie sich dazu deutlich vom Neoliberalismus verabschieden. Dies böte ihnen auch die Chance, ihr Wählerpotenzial bei den Nichtwähler/innen wieder zu motivieren. Eine verwaschene Politik ohne Mut und erkennbare leitende Überzeugung wird dies sicher nicht erreichen.

Deshalb ist eine ehrliche und solidarische Politik gegenüber Griechenland, die der jetzigen Regierung hilft, das Land von der Austeritätspolitik in eine Wachstumspolitik überzuleiten, nicht nur für das Land selbst, sondern für Profil und Zukunft sowohl der europäischen, also auch der deutschen Sozialdemokratie in der Globalisierung ein entscheidender Prüfstein.



Gesine Schwan

ist Präsidentin und Mitgründerin der Humboldt-Viadrina Governance Plattform, Berlin und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission. Zuvor war sie u.a. von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

drschwan@zedat.fu-berlin.org

Karsten Rudolph

Riskante Diskurse wagen

Es gab eine Zeit, in der war die SPD stolz darauf, stellvertretend für die Gesellschaft die großen Kontroversen der Zeit auszutragen. Von anderen Parteien wurden sie um eines trügerischen Friedens willen totgeschwiegen oder einseitig betrachtet. Die SPD konnte zum Beispiel den damals behaupteten Gegensatz von Arbeit und Umwelt nicht stehen lassen, wenn sie denn mehrheitsfähig bleiben wollte.

Sie überwand den vermeintlichen Widerspruch durch ihr Konzept der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, mit dem sie zunächst divergierende politische Positionen integrierte und ihnen damit eine gemeinsame Richtung aufzeigte. Diese